

Wochenkommentar 45/2023 von Matthias Zehnder

SRG: Der Bundesrat zäumt das Pferd vom Schwanz auf



Bild: KEYSTONE/Anthony Anex

Bundesrat Albert Rösti erklärt an der Medienkonferenz über die Volksinitiative «200 Franken sind genug!», warum er die Medienempfangsgebühr ebenfalls senken will. Mittwoch, 8. November 2023, Medienzentrum Bundeshaus in Bern.

Der Bundesrat will die Radio- und Fernsehgebühr für Haushalte von 335 auf 300 Franken senken und einen grossen Teil der Unternehmen in der Schweiz von der Abgabe befreien. Er übernimmt damit die Perspektive der Initianten der «Halbierungsinitiative» und betrachtet den medialen Service Public in der Schweiz lediglich aus der Sicht der einzelnen Konsumenten und der Gebühren, die für sie anfallen. Sinn der Medienabgabe ist es aber, jenseits vom individuellen Konsum eine mediale Grundversorgung für alle Landesteile sicherzustellen. Im Vordergrund sollten deshalb die Interessen des Landes und der Sprachregionen stehen. Wir müssen also über den Bedarf des Landes und die dafür anfallenden Kosten reden, bevor wir uns über die Finanzierung und die Höhe der Gebühren unterhalten können. In meinem Wochenkommentar zeige ich Ihnen mit handfesten Zahlen, warum es wichtig ist, beim medialen Service public zuerst die Sicht des Landes anzunehmen und erst dann zu fragen, ob und wie die Medienkonsumenten zur Kasse gebeten werden.

«200 Franken sind genug», findet ein Komitee rund um SVP-Nationalrat Thomas Matter und hat die «Halbierungsinitiative» eingereicht: Privathaushalte sollen künftig nur noch eine Radio- und Fernsehgebühr von 200 Franken im Jahr bezahlen, Firmen sollen ganz von der Gebühr befreit werden. Die Begründung der Initianten: Obwohl die «Qualität bei der SRG oft zu wünschen übrig» lasse, bezahle die Schweizer Bevölke-

rung weltweit mit die höchsten «Zwangsgebühren». 200 Franken seien «immer noch genug!». Die Initiative will auf diese Weise eine «ungerechte Doppelbesteuerung» von Arbeitgebern und Gewerblern abschaffen und Junge entlasten, die sowieso «fast kein TV» schauen und trotzdem zahlen müssen «für ein Angebot, das sie nicht konsumieren». Das sei «unfair».

Sie merken was in dieser Argumentation passiert: Dass die «Qualität bei der SRG oft zu wünschen übrig» lasse, wird als Prämisse einfach mal hingegenommen, weil sich die ganze Diskussion auf die Höhe der Gebühren fokussiert. Und wer ist schon für Gebühren, Zwangsgebühren zumal. Doppelbesteuerung? Geht gar nicht! Junge müssen für etwas bezahlen, das sie gar nicht nutzen? Unfair! Höchste Gebühren der Welt? Sauerei! Deshalb sagt die Initiative: «200 Franken sind genug».

Der Bundesrat findet, 300 Franken sind genug

Der Bundesrat scheint diese Sicht zu teilen und kommt den Initianten jetzt entgegen: Er hat diese Woche als Gegenvorschlag auf Verordnungsebene eine Senkung der Radio- und Fernsehgebühren in Aussicht gestellt und sagt: «300 Franken sind genug». Dieses Spiel lässt sich beliebig weiterführen. Weder die Initianten noch der Bundesrat begründen aus der Sache, warum 300 oder 200 Franken genug sein sollen. Es könnte also auch 150 oder 100 Franken sein. Denn aus der Sicht des Konsumenten ist jede Gebühr eine zu viel. Vor allem, wenn nicht klar ist, was der Sinn der Gebühr ist.

Symptomatisch sind diese beiden Leserkommentare in der «bzBasel», die gestern am meisten Empfehlungen erhalten haben: «Ärgere mich. In vielen Schweizer Medien steht, das die Zwangsgebühren-Pflicht für SRG&Co. bald «NUR» noch 300 Fr betragen soll... Störe mich am Wort «NUR»...» schreibt der erste Leser. Der zweite Leser schreibt: «Wir haben mit die teuersten TV-Gebühren der Welt. Und was bekommen wir? Einen linken Staatssender. Nein danke. Man sollte nur dann was bezahlen müssen, wenn man da auch konsumiert.»

Die ganze Misere der SRG-Diskussion

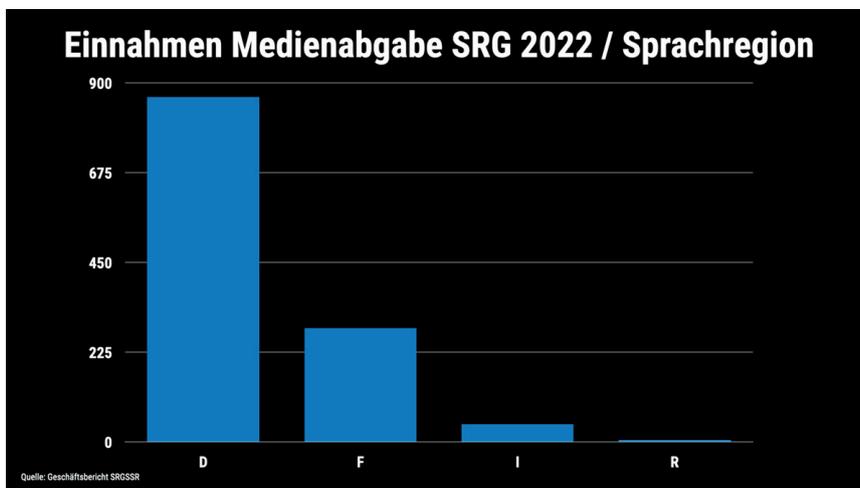
Sehen wir einmal davon ab, dass auch hier in der Prämisse die Verunglimpfung der SRG als «linker Staatssender» einfach stehen bleibt. Konzentrieren wir uns auf die Gebühren. In diesen beiden Kommentaren steckt die ganze Misere der SRG-Diskussion. Der erste Punkt betrifft die Höhe der Gebühr. Ob eine Gebühr von 300 Franken hoch oder tief ist, bemisst sich nicht am Betrag, sondern am Verhältnis von Preis und Leistung. Wer immer nur über den Preis redet, aber nie über die Leistung, muss sich nicht wundern, wenn das auch die Bürgerinnen und Bürger tun und sich über den Preis beschweren. Sie werden sich auch dann über den Preis beschweren, wenn die Gebühr 200 Franken oder 100 Franken beträgt. Eine Gebühr, deren Sinn man nicht einsieht, ist immer zu hoch, ganz egal, wie hoch der Betrag ist.

Das gilt auch für den Vergleich mit dem Rest der Welt. Es ist gleich aus zwei Gründen kein Zufall, dass die Mediengebühren in der Schweiz hoch sind. Zum einen ist die Schweiz eines der teuersten Länder der Welt, das zeigen nicht nur alle Vergleiche von Lebenskosten und Preisen, sondern auch der Big Mac Index des «Economist». Der zweite Grund, warum die Gebühren hoch sind, führt aber zum Kern des Problems: Die Schweiz ist

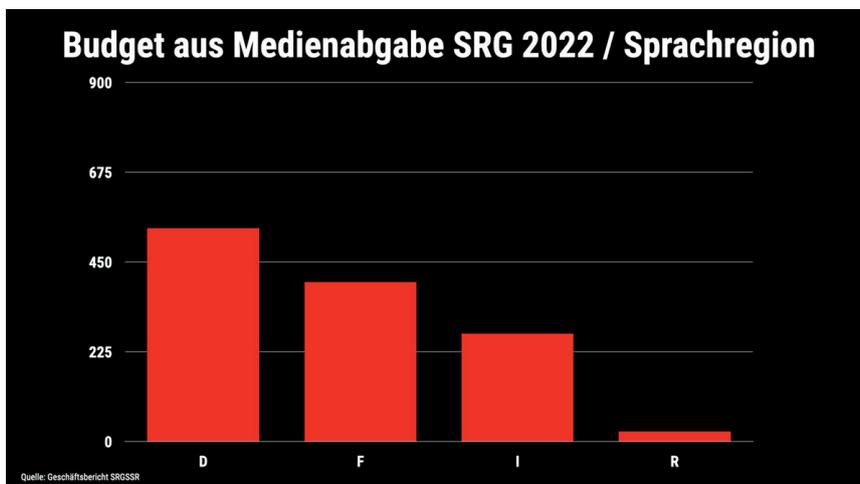
nicht nur klein, sie ist auch vielsprachig. Wir haben nicht nur einen öffentlichen Rundfunk, wir haben Angebote in allen Sprachregionen.

Die Solidaritätsabgabe der Deutschschweizer

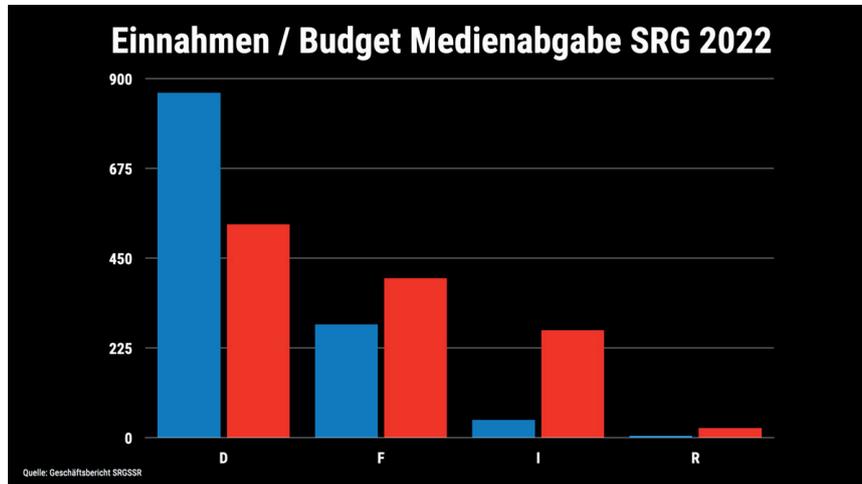
Schon die Schweiz als Ganzes wäre als Medienregion sehr klein, die Sprachregionen sind geradezu winzige Medienmärkte. Weil sich in diesen kleinen Märkten über Werbung nie und nimmer ein vollwertiges Angebot finanzieren lässt, braucht es eine Mediengebühr, die faktisch eine Art Solidaritätsabgabe ist, die Deutschschweizer für die anderen Landesteile entrichten. Wenn der Leser schreibt: «Man sollte nur dann was bezahlen müssen, wenn man da auch konsumiert.», dann beweist das vor allem, dass die Schweizerinnen und Schweizer keine Ahnung davon haben, wie hoch diese Solidaritätsabgabe ist.



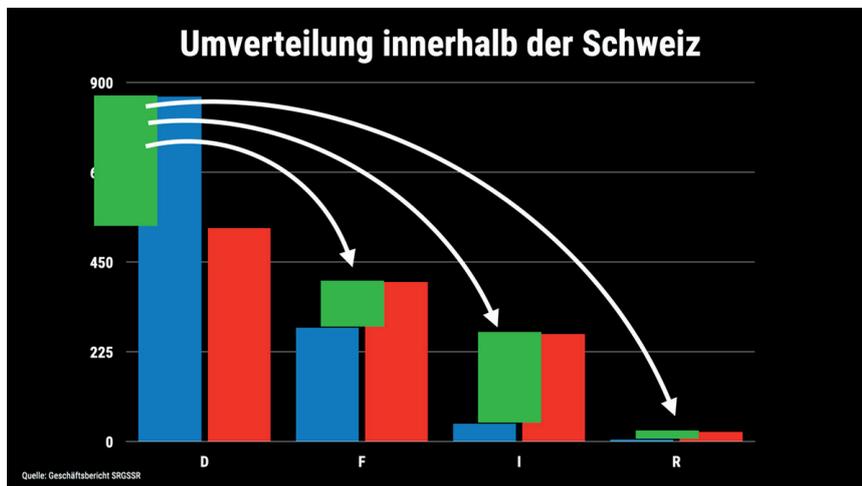
Schauen wir uns einmal konkret auf der Ebene der SRG an, was mit den Gebührengeldern in der Schweiz passiert. 2022 haben Deutschschweizerinnen und Deutschschweizer 895 Millionen Franken in den Gebührentopf der SRG einbezahlt. In der Westschweiz waren es 285 Millionen Franken, in der italienischsprachigen Schweiz 45 Millionen Franken und in der Svisza Rumantscha fünf Millionen Franken.



Jetzt schauen wir uns in einem zweiten Schritt an, wieviel Geld der SRG in den einzelnen Sprachregionen zur Verfügung stand. In der Deutschschweiz waren das 535 Millionen Franken, in der Romandie 400 Millionen Franken, in der italienischsprachigen Schweiz 270 Millionen Franken und in der Svizra Rumantscha 25 Millionen Franken.



In der Deutschschweiz fallen zwar 73 Prozent der Mediengebühren an, der Deutschschweiz stehen aber nur 43 Prozent der Gebührengelder zur Verfügung. Die Romandie nimmt 23 Prozent der Gebührengelder ein, RTS stehen aber satte 33 Prozent der Gelder zur Verfügung. Noch krasser im Tessin: Da fallen nur 4 Prozent der Gebührengelder an, RSI stehen aber 22 Prozent der Gelder zur Verfügung. Und die rätoromanische Schweiz nimmt nur gerade ein halbes Prozent der Gebührengelder ein, hat aber zwei Prozent der Gelder zur Verfügung.



Es findet also eine gigantische Umverteilung der Gebührengelder statt: Die Deutschschweizer subventionieren das italienischsprachige Radio und Fernsehen mit 225 Millionen Franken im Jahr, das französischsprachige Angebot mit 115 Millionen Franken im Jahr und das rätoromanische Angebot mit 20 Millionen Franken im Jahr. Von den 895 Millionen Franken Medienempfangsgebühren der Deutschschweiz gehen 360 Millionen Franken in die anderen Sprachregionen. Das sind etwa 40 Prozent der Gebührengelder. Wenn wir das Motto unseres Lesers nehmen würden: «Man sollte nur dann was bezahlen müssen, wenn man da auch

konsumiert.», dann wäre die Medienempfangsgebühr in der Deutschschweiz also 40 Prozent tiefer und würde – oh Wunder – 200 Franken im Jahr betragen.

Zusammenhalt des Landes auf dem Spiel

Das zeigt, dass die Perspektive des Einzelkonsumenten und das simple Prinzip «ich zahle, was ich konsumiere» in Bezug auf die Medienempfangsgebühr nicht nur keinen Sinn macht, sondern den Zusammenhalt des Landes aufs Spiel setzt. Würde jede Sprachregion für sich schauen, gäbe es keine rätoromanischen Angebote mehr, im Tessin würde kaum etwas vom Tessiner Radio und Fernsehen übrig bleiben und das Medienangebot in der Romandie müsste auf ein Rumpfangbot eingedampft werden. Das wäre der SVP in der Deutschschweiz wahrscheinlich egal, es würde aber den Gepflogenheiten der Schweiz massiv widersprechen. Die Schweiz zeichnet sich dadurch aus, dass Minderheiten eingebunden und von den Mehrheiten mitgetragen werden.

Und es geht nicht nur um Gepflogenheiten oder eine nostalgische Solidarität mit anderen Landesteilen. Fragen wir uns doch einmal, was passieren würde, wenn die Romandie und das Tessin kein eigenes Radio und Fernsehen mehr hätten. Schauen wir uns dafür eine Karte der Sprachen in Europa an. Auf einer solchen Karte sind nicht Länder, sondern Sprachregionen eingezeichnet. Portugal und Spanien, Italien und Frankreich, Deutschland und England sind deutlich auf der Karte zu erkennen. Die Schweiz aber ist verschwunden. Sie befindet sich an den Schnittlinien von Deutsch, Französisch und Italienisch im Zentrum der Karte.

Der kulturelle Sog der Nachbarländer

Die Schweizer Landesteile grenzen an gleichsprachige Länder, die um ein vielfaches grösser sind. Deutschland und Österreich haben zusammen etwa 16 mal mehr Einwohner als die Deutschschweiz, Frankreich hat etwa 35 mal mehr Einwohner als die Romandie und Italien hat gar 84 mal mehr Einwohner als die Schweiz italienischsprechende Einwohner hat. Entsprechend gross und mächtig ist der kulturelle und sprachliche Einfluss der Nachbarländer und ihrer Sprachgemeinschaften. Anders gesagt: Es gibt einen kulturellen, medialen Sog der Nachbarländer auf unsere Landesteile. Oder aus der Sicht der Schweiz formuliert: Es gibt starke Fliehkräfte, die auf unsere Sprachregionen wirken.

Das lässt sich auch am Medienkonsum ablesen. An einem durchschnittlichen Schweizer Kiosk stammt die überwiegende Mehrzahl der Printprodukte aus dem Ausland. In Deutschland, Frankreich und Italien wäre das nicht vorstellbar. Oder die Einschaltquoten der Fernsehsender: Wenn wir das Dutzend Fernsehkanäle mit den höchsten Einschaltquoten in der Deutschschweiz anschauen, dann stellen wir fest, dass acht von diesen zwölf Sendern aus dem Ausland in die Schweiz einstrahlen. In der Romandie und im Tessin ist der Anteil der Schweizer Sender noch kleiner. Immerhin haben SRF1, RTS1 und RSI La 1 die mit Abstand höchsten Quoten. Das würde sich aber ganz schnell ändern, wenn die Sender weniger Geld zur Verfügung hätten. Wäre das Programm der öffentlich-rechtlichen Sender weniger attraktiv, würden nicht die Lokalfernsehsender der privaten Verleger die Lücken füllen, sondern die ausländischen Fernseh-

sender, die heute schon SRF, RTS und RSI dicht auf den Fersen sind. In der Deutschschweiz sind das ARD und ZDF, in der Westschweiz TF1 und M6 und im Tessin sind es Canale 5 und Rai 1. Und das wiederum würde die Zentrifugalkräfte in der Schweiz verstärken, also jene Kräfte, die die einzelnen Landesteile zu den grossen Sprachräumen hinziehen.

Im Sinne einer medialen Landesverteidigung

Unserem Leser in Basel, der nur zahlen will, was er konsumiert, mag das alles schnurz sein. Doch der Bundesrat sollte sich um die kulturelle Eigenständigkeit des Landes kümmern und der Bevölkerung die Bedeutung einer medialen Landesversorgung erklären. Wenn klar ist, was das Land braucht, lässt sich berechnen, was es kostet. Und dann, erst dann, können wir über die Finanzierung reden. Dann lässt sich auch ohne ständigen Streit über Folgen für die SRG und die Privatfernsehstationen darüber diskutieren, wie hoch eine Medienempfangsgebühr sein soll und ob die Leistung der SRG wirklich nur daraus finanziert werden muss. Denkbar wäre ja auch, dass der Bund oder die Kantone die Empfangsgebühren im Sinne einer medialen Landesverteidigung bezuschussen und Menschen mit tiefen Einkommen entlasten.

Sicher ist: Es macht keinen Sinn, nur über Gebühren zu reden, so lange Herrn und Frau Schweizer nicht klar ist, um was es dabei geht und was sie damit finanzieren. Es sei denn, man wolle die Schweiz schwächen. Aber dem Bundesrat möchte ich das nicht unterstellen.

Basel, 10. November 2023, Matthias Zehnder mz@matthiaszehnder.ch

Quellen

Benini, Francesco (2023): *Bundesrat will SRG-Gebühr auf 300 Franken senken – der Gewerbeverband spricht von «reiner Kosmetik»*. In: bzBasel. [<https://www.bzbasel.ch/schweiz/haushaltabgabe-bundesrat-will-srg-gebuehr-auf-300-franken-senken-der-gewerbeverband-spricht-von-reiner-kosmetik-ld.2539095>; 10.11.2023].

Benz, Matthias und Aschwanden, Erich (2023): «Die Medienlandschaft wird geschwächt»: CH Media streicht 150 Vollzeitstellen. In: Neue Zürcher Zeitung. [<https://www.nzz.ch/schweiz/150-vollzeitstellen-gestrichen-das-medienhaus-ch-media-kuendigt-stellenabbau-an-ld.1764685?mktcid=sms;h; 9.11.2023>].

Birrer, Raphaela (2023): *Kommentar zur Halbierungsinitiative: Rösti muss der SRG zuerst Grenzen setzen – und dann sparen*. In: Basler Zeitung. [<https://www.bazonline.ch/halbierungsinitiative-roesti-muss-der-srg-grenzen-setzen-kommentar-580612577713; 9.11.2023>].

Blick (2023): *Bundesrat will Serafe-Gebühr auf 300 Franken senken: «Klar ist, dass Hunderte Stellen verloren gehen»*. In: Blick. [https://www.blick.ch/politik/bundesrat-informiert-um-15-uhr-senkt-roesti-die-serafe-gebuehr-id19123660.html?utm_source=campaign; 9.11.2023].

Büchi, Jacqueline (2023): *Gegenvorschlag zur Halbierungsinitiative: So funktioniert Röstis Plan für tiefere SRG-Gebühren*. In: Basler Zei-

tung. [<https://www.bazonline.ch/fragen-und-antworten-zur-halbierungsinitiative-so-funktioniert-roestis-plan-fuer-tiefere-srg-gebuehren-935068662902>; 8.11.2023].

Bundesamt für Kommunikation (2023): *Bundesrat lehnt «SRG-Initiative» ab, Radio- und Fernsehgebühren sollen sinken*. In: Admin.ch. [<https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-98495.html>]; 10.11.2023].

Fontana, Katharina (2023): *Halbierungsinitiative: Bundesrat will SRG-Gebühren auf 300 Franken senken*. In: Neue Zürcher Zeitung. [<https://www.nzz.ch/schweiz/roesti-und-die-srg-gebuehren-ld.1764647>]; 8.11.2023].

Lüthi, Nick (2023): *SRG: «Jetzt ist es keine Halbierungsinitiative mehr»*. In: Persoenlich.com. [<https://www.persoendlich.com/medien/jetzt-ist-es-keine-halbierungsinitiative-mehr>]; 10.11.2023].

nil (2023): *SRG: Für den Bundesrat sind 300 Franken genug*. In: Persoenlich.com. [<https://www.persoendlich.com/medien/fur-den-bundesrat-sind-300-franken-genug>]; 8.11.2023].

obe *Massiver Stellenabbau: Das Medienhaus CH Media streicht 150 Vollzeitstellen*. In: Neue Zürcher Zeitung. [<https://www.nzz.ch/schweiz/150-vollzeitstellen-gestrichen-das-medienhaus-ch-media-kuendigt-stellenabbau-an-ld.1764685>]; 8.11.2023].

SRG (2023): *Finanzausgleich*. In: SRG. [<https://www.srgsr.ch/de/wer-wir-sind/mittel/finanzausgleich>]; 10.11.2023].

wid (2023): *SRG: Was Befürworter und Gegner zur Entscheidung sagen*. In: Persoenlich.com. [<https://www.persoendlich.com/medien/was-befurworter-und-gegner-zum-entscheid-sagen>]; 8.11.2023].

Spenden für den Wochenkommentar ist jetzt so einfach wie bezahlen im Hofladen



Bequem mit TWINT bezahlen

Scannen Sie den QR-Code mit Ihrer TWINT App.

Geben Sie den Totalbetrag ein und bestätigen Sie Ihre Zahlung.

Sie möchten lieber über einen Einzahlungsschein spenden? Kein Problem:

https://www.matthiaszehnder.ch/wp-content/uploads/2023/04/Spende_EZ_Wochenkommentar.pdf